

Calmer Tagblatt

Nr. 33.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zehrlohn Nr. 12,00 die Woche, außerhalb Nr. 12,00 mit Bestellgeld. — Einlage der Anzeigenannahme 8 Uhr vorwärts.

Mittwoch, den 16. Februar 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zehrlohn Nr. 12,00 die Woche, außerhalb Nr. 12,00 mit Bestellgeld. — Einlage der Anzeigenannahme 8 Uhr vorwärts.

Um die Pariser Beschlüsse.

Das Reichskabinett mit der bayrischen Antwort zu rufen.

Berlin, 15. Febr. Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Antwort der bayrischen Regierung in der Entwurfsfrage beschäftigt. Danach erkennt Bayern an, daß die Verantwortung und Zuständigkeit in dieser Frage beim Reich liegt und daß es Sache der Reichsregierung ist, nach Maßgabe der Gehehe das Erforderliche zu veranlassen.

Der Sachverständigenausschuß für London.

Berlin, 16. Febr. Wie die „Völkische Zeitung“ erfährt, wird der engere Sachverständigenausschuß, der zur Formulierung der in London zu unterbreitenden deutschen Gegenentwürfe eingesetzt wurde, zu seiner zweiten Sitzung am Freitag zusammenberufen. Die verschiedenen Sachverständigen haben sich in der Zwischenzeit mit einer eingehenden Prüfung der Unterlagen befaßt, die einen vorläufigen Überblick über die deutsche Produktionsbilanz ermöglichen werden.

Eine deutsche Denkschrift über den Wiederaufbau in Frankreich.

Berlin, 16. Febr. Laut „Berliner Tageblatt“ hat das Reichsministerium für Wiederaufbau eine Denkschrift verfaßt, in der über den Stand der Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich zu Beginn d. J. genauere Angaben gemacht werden. Danach sind von Eisenbahnen mehr als 90% wieder hergestellt, von Kanal- und Straßenbahnen etwa 60%, von Brücken ungefähr ebensoviel, von Landstraßen 20 bis 30% und von zerstörten Kanälen etwa die Hälfte. Von dem zerstörten Grund und Boden sind etwa 60% eingeebnet und für die Landwirtschaft etwa 50% der Zerstörungsfläche wieder nutzbar gemacht. Von Bergwerken sind 16% wieder hergestellt, von Fabriken 30 bis 40% und von den zerstörten Häusern rund 2 1/2%. Weiter wird in der Denkschrift bemerkt, daß bisher deutsche Arbeiter in den zerstörten Gebieten nicht tätig gewesen sind und daß es abgelehnt wurde, deutsche Firmen direkt am Aufbau teilnehmen zu lassen. Eine Reihe von Angeboten zur Wiederherstellung zerstörter Schachtanlagen wurde ohne Begründung abgelehnt. Die einzige Beteiligung Deutschlands habe bisher in der indirekten Lieferung einzelner Maschinen und Baumaterialien, sowie den Reparationszahlungen bestanden.

Die französischen Drohungen auf die Rede Simons.

Paris, 15. Febr. Zur Stuttgarter Rede des Ministers Dr. Simons meint das „Petit Journal“, die letzten Wochen Simons noch nicht zur Einsicht gebracht zu haben. Die Stuttgarter Rede sei vielmehr eine Bekräftigung der Erklärung im Reichstag. Von einer Festsetzung eines Guthabens, von einer Pauschalsumme, von festen oder abänderungsfähigen Jahreszahlungen sei keine Rede. Nichts von alledem, so schreibt das Blatt, pocht den Deutschen. Was wollen sie denn in London? Die Deutschen haben nur einen Grund nach London zu gehen: um Zeit zu gewinnen. Das Blatt hofft, daß die Alliierten, da Simons noch nicht seine Absicht kundgegeben habe, die nächsten Wochen dazu benutzen würden, sich im Voraus über ein entschlossenes Vorgehen einig zu werden, um, so schreibt das Blatt wörtlich, falls die deutsche Diebstelligkeit (1) genügend festgestellt ist, zu den bewußten Zwangsmassnahmen zu greifen, die das Berliner Kabinett so sehr fürchtet. (2)

Englische Pressestimmen

zur Rede des deutschen Außenministers.

London, 15. Febr. Auch die Morgenblätter äußern sich im allgemeinen nicht zur Stuttgarter Rede des deutschen Ministers des Auswärtigen. — Im „Daily Telegraph“ schreibt ein diplomatischer Mitarbeiter, von einer britischen Stelle sei die Rede Simons als durchaus „hinneshaft“ bezeichnet worden. Daß Simons die Pariser Summen phantastische Ziffern genannt habe, sei nicht unerwartet gekommen. Simons müsse sich jedoch vergegenwärtigen, daß die Alliierten darin einig sind, jede weitere Herabsetzung der deutschen Reparationssumme zu verhindern. Eine neue Note in der Rede des deutschen Außenministers sei der Vorschlag, daß der Hauptteil der deutschen Ausfuhr in Zukunft nach den Märkten von Osteuropa gerichtet sein müsse. Der frühere „Drang nach Osten“ könne hier in der wirtschaftlichen Verhüllung friedlicher Durchdringung erkannt werden. Simons habe auch zu versichern gegeben, daß er die oberste Frage in London aufrollen werde. Vom politischen Standpunkt aus sei der bedeutendste Teil der Rede der gewesen, der den persönlichen Angriff auf den Grafen Sforza enthielt. Simons finde nicht mehr in der entschlossenen ententefreundlichen Haltung des italienischen Außenministers den Drang nach Berlin, den er vor 6 Monaten von dem damals in der italienischen Politik vorherrschenden Pazifismus und Kommunismus erwartet habe. Graf Sforzas Popularität und Prestige in der Welt der Alliierten werden nach den Anzeichen, deren Zielscheibe er in Stuttgart war, noch

wachsen. — Der Berliner Berichterstatter der „Morning Post“ meldet seinem Blatte, die deutschen Minister unternehmen gegenwärtig im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Reparationskonferenz zu Propagandazwecken politische Tournees in den Provinzen. Die deutschen Delegierten würden daher sich nach London kommen mit dem vollen Bewußtsein des Landes hinter sich.

Die Thronrede zur Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 15. Febr. Das Parlament wurde heute durch den König mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt, die Beziehungen zu den ausländischen Mächten hätten ihren freundschaftlichen Charakter bewahrt. Binnen kurzem würden in London Konferenzen abgehalten werden. Andere Alliierten aus dem letzten Krieg, sowie Vertreter Deutschlands und der Türkei werden daran teilnehmen. Der König hofft zuverlässlich, daß dadurch Fortschritte in der Ausführung des Friedensvertrags, in der Herstellung der Eintracht und in der Wiederherstellung des Rechts (?) im nahen Osten erreicht werden. Er hege die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die auf ein Handelsabkommen mit Rußland gerichtet seien, ebenfalls eine befriedigende Lösung bringen werden. Bezüglich Indiens besäße die Hoffnung, daß die Ausdehnung der politischen Verantwortlichkeit in naher Zukunft eine Beilegung jeden politischen Konflikts sichern werde. Ferner werde eine Zusammenkunft der Premierminister von Canada, Australien, Neu-Seeland, der Südafrikanischen Union und Neufundland, sowie der Vertreter Indiens in London angekündigt, die, wie der König vertraut, dazu beitragen wird, die auswärtige und die innere Politik des Reiches zu vereinheitlichen. Der Vorschlag bringe die Entschlossenheit der Regierung zum Ausdruck, die Ausgaben so herabzusetzen, wie es mit der Wohlfaht des Reiches sich vertrage. Hinsichtlich Irlands heißt es, der König hoffe, daß in einer nahen Zukunft die Mehrheit des irischen Volkes ihre Entschlossenheit kundgeben werde, die Gewalttaten zu unterbrechen und bei der Anwendung eines Gesetzes mitzubestehen, das ihm die Verantwortlichkeit einer autonomen Regierung verleihe. Die Thronrede führt eine Reihe von Gesetzentwürfen an, die dem Parlament vorgelegt werden und erwähnt zum Schluß die bevorstehende Reform des Oberhauses.

Zur auswärtigen Lage.

Die Kontrolle der deutschen Dampfer durch die Ententekommission.

Berlin, 16. Febr. Wie die „Kreuzzeitung“ aus Stettin erfährt, legt die Kontrollkommission der Entente die Unterbrechung deutscher Schiffe nach Waffen fort. Im Hamburg habe der Vertreter der englischen Ententekommission gedroht, daß deutsche Dampfer im Falle des Auslaufs ohne Ententegenehmigung vom ersten besten britischen Kreuzer auf See aufgegriffen werden. Auch auf neutrale Schiffe erstrecke sich die Durchsuchung. Das Blatt bemerkt dazu, es werde immer klarer, daß diese Ententemaßnahmen den Zweck haben, den deutschen Seehandel zu schädigen und niederzulegen.

Die gespannten Beziehungen zwischen Litauen und Polen.

Kowno, 15. Febr. (Lit. Tel.-Ag.) Der polnische Außenminister richtete an den litauischen Minister des Auswärtigen eine Note, in der er u. a. mitteilt, die polnische Regierung habe in Erfahrung gebracht, daß binnen kurzem das Geseh über die Enteignung der Besitztümer der zur Zeit in Litauen nicht anwesenden Polen in Kraft treten solle. Er weist darauf hin, daß, obwohl die litauische Delegation seinerzeit in Warschau ersucht worden sei, den Interessenten Auskunft in dieser Angelegenheit zu erteilen, von litauischer Seite keine Mitteilung gemacht worden sei. Da Litauen den Vorschlag, Vertreter für Warschau und Kowno zu ernennen abgelehnt habe, könnten die Interessenten keine Auskunft über die Gesetze und Verordnungen der litauischen Regierung betreffend den polnischen Besitz in Litauen erhalten, geschweige denn nach Litauen zurückkehren. — In Beantwortung der obigen Mitteilung hat der litauische Minister des Auswärtigen ein Telegramm an den polnischen Außenminister geschickt, in dem er erklärt, daß die Mitteilungen über ein angebliches Geseh der Enteignung des polnischen Besitzes in Litauen durchaus unzutreffend seien und daß ein ähnliches Geseh nicht einmal vorgesehen worden sei. Die litauische Regierung teilt mit, daß sie sich für die rechtlichen Folgen der Abwesenheit der betreffenden Personen nicht verantwortlich fühle, da keine konsularischen Beziehungen zwischen Polen und Litauen bestehen, nachdem die polnische Regierung am 24. September 1919 diese abgelehnt habe. Wenn die polnische Regierung die Erneuerung der konsularischen Beziehungen für wünschenswert erklären sollte, erklärt sich die litauische Regierung bereit, in Besprechungen darüber einzutreten.

Kowno, 15. Febr. Wie die „Lit. Tel. Ag.“ berichtet, trifft zuverlässigen Meldungen zufolge General Zeligowski weitere Vorbereitungen für eine neue Offensiv. So wurden am 10. d. M. aus Warschau fünf Waggons mit Soldaten und Munition nach Landow entandt.

Kowno, 15. Febr. Die „Litauische Tel. Ag.“ meldet: Die Polen haben in Wilna ein Komitee zur Unterstützung der Polen bei der Abstimmung in Oberschlesien gebildet. Weil die Wahlgelder nur spärlich einfließen, bringt das Komitee Zwangsmassnahmen in Anwendung, indem es von sämtlichen Angestellten der Behörden, den Handwerkern und Arbeitern die Entrichtung eines halben Tageslohn zum Festen der Volksabstimmung in Oberschlesien fordert. — Es ist zu beachten, daß Wilna als litauisches Gebiet in Anspruch genommen wird, und von dem polnischen General Zeligowski einfach besetzt worden ist.

Kowno, 15. Febr. Die Lit. Tel.-Ag. meldet: Zuverlässigen Meldungen zufolge übergreifen polnische Abteilungen fortwährend die zeitweilige zwischen Polen und Litauen festgelegte Demarkationslinie im Bezirk Suwalki und überfallen und plündern die friedliche Bevölkerung. Vertische litauische Schützen leisteten ihnen Widerstand. Infolgedessen erschienen jetzt die Polen in größeren gutbewaffneten Abteilungen. So plünderten am 7. Februar 60 polnische Reiter ein Dorf in der Gegend von Punski. Im besetzten Gebiet mobilisieren die Polen die wehrfähige litauische Jugend.

Die Vorkaufskarten der Entente.

Prag, 15. Febr. Nach Meldungen aus Paris wurde der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch vom Präsidenten Millerand empfangen. Er besprach mit ihm in einer längeren Konferenz die aktuellen mitteleuropäischen Fragen. Minister Dr. Benesch hatte auch im französischen Ministerium des Auswärtigen eine Besprechung über die bevorstehende Zusammenkunft von Vertretern der Nachfolgestaaten in Porto Rosa. Dabei wurde das Programm in der Sache der Verhandlungen, die Dr. Benesch bereits in Rom mit den italienischen Staatsmännern geführt hat, festgelegt. Der tschechoslowakische Außenminister hatte in Paris auch eine Konferenz mit dem polnischen Außenminister.

London, 15. Febr. In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des Reuterschen Bureaus erklärte der heute in London eingetroffene polnische Außenminister Sapieha, er sei von seinen Beratungen in Paris sehr befriedigt. Zwischen Frankreich und Polen sei ganz wohlwollend eine Annäherung zustande gekommen. Die Friedensverhandlungen mit der russischen Regierung gingen langsam von statten. Er sei deshalb zuversichtlich, daß bald ein Friede zustandekommen werde.

Paris, 15. Febr. Bertinaz teilt im „Echo de Paris“ mit, daß es Venizelos noch einmal gelungen sei, Lloyd George für eine territoriale Vergrößerung Griechenlands zu gewinnen. Es habe den Anschein, daß die Engländer auf der Orientkonferenz in London die These verteidigen wollten, den Vertrag von Sevres solange zu erhalten, als Griechenland seine Verpflichtungen erfüllt. Das bedeute ein Abbrechen von dem Standpunkt, den die interalliierten Ministerpräsidenten anlässlich der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Legues im Dezember angenommen haben. Bertinaz glaubt, wenn die Entscheidung im englischen Ministerium so ausgefallen sei, so sei ein Mißerfolg der Verhandlungen von London sicher. — Die griechische und die türkische Frage ist also lediglich ein Aufschlag für die Entente.

Amerika und die Schulden der Entente.

London, 15. Febr. Ein Mitglied der amerikanischen Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat vom Schatzsekretär die Versicherung erhalten, daß in der Tat Chamberlain offiziell mit dem Eruchen an die Vereinigten Staaten herantreten war, den Alliierten ihre Schulden zu erlassen. Die Vereinigten Staaten hätten ablehnend geantwortet. Der Schatzsekretär fügte hinzu, daß er höchstens vorschlagen könne, die kurzfristigen Anleihen in langfristige umzuwandeln.

Ausland.

Die Forderungen der ehemals deutschen Gebiete Polens.

Posen, 15. Febr. Der „Kurjer Poznanski“ veröffentlicht den Wortlaut einer Resolution, die die Vertreter Pommerellens in Graudenz am 31. Januar gefaßt haben. In dieser heißt es mit einem Hinweis auf Preußen, man fordere von den Warschauer Machthabern die gleiche achtungsvolle und unbestechliche Verwaltung, die gleichen hochentwickelten bürgerlichen Rechts- und Gerichtsverfahren, die gleichen sozialen Einrichtungen, die gleiche wirtschaftliche Bedeutung der Kommunalverbände, die gleichen Kunststrafen und überhaupt die glänzenden Einrichtungen, die das Gebiet der deutschen Herrschaft zu verdanken habe.

neue lustige
gssliche
cher Mundart?
Keller's
ieten solche in
e Bisher er-
nde 4 Bändchen:
Zwetschka,
Sächla zum
nd Läch'a
lauganeschle
muscl berl
Band Mk. 3.40
ig bei
HERR,
obhandl'g.

offe
ualitäten
empfehl
am Markt.

Ver. angen Sie
kostenlos
uckschrift hierüber,
lamer Strasse 104 c.

Stuttgart

hön und gut.
mman, Leder-
str. 91.

kuch & Co.

fter grober
Druckpreis
und
ark 2.—

Bollpreis
ut kochend,
fund
ark 2.50

ark 3.—

la
Salencia-
afelreis

fund
ark 4.—

afersocken
fund
ark 3.—

Bries weiß
fund
ark 3.20

und
ark 3.50

uppengerie
fund
ark 2.60

nkuch & Co.
J. m. b. H.

nahme 8 Uhr

Amfliche Bekanntmachungen.

Verfügung der Landesverorgungsstelle über den Verkehr mit Eiern im Wirtschaftsjahr 1921.

Auf Grund der §§ 12 und 15 der Verordnung des Bundesrats über die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915/6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 607/728, 1916 S. 67.) wird mit Genehmigung des Ernährungsministeriums verfügt:

- § 1. Der Erwerb von Eiern zum eigenen Verbrauch unterliegt keiner Beschränkung.
- § 2. 1. Für den Erwerb von Eiern beim Erzeuger zum Zweck des Weiterverkaufs gelten folgende Bestimmungen:
 - a) Großhändler bedürfen vom 1. Februar 1921 an zum Ankauf von Eiern eines auf Grund der vorliegenden Verfügung auszustellenden besonderen Erlaubniszeichens. Dieser Schein wird nur solchen Großhändlern erteilt, die bereits vor dem 1. Januar 1920 auf Grund der Verordnung vom 24. Juni 1916 über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels (Reichs-Gesetzbl. S. 581) zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln zugelassen sind und bei denen ein vollwirtschaftliches Bedürfnis für die Zulassung zum Eierhandel in diesem Jahr vorliegt.
 - Als Großhändler gilt die Abgabe von Eiern an Kleinverkäufer und Verarbeiter.

Der Antrag auf Ausstellung des Erlaubniszeichens ist an das Oberamt des Wohnortes oder der gewerblichen Niederlassung, in Stuttgart an das Stadtschultheißenamt, zu richten. Dem Antrag ist gegebenenfalls der Nachweis der nach § 1 der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels vom 24. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 571) erforderlichen Handelsgenehmigung anzuschließen.

Eines besonderen Erlaubniszeichens bedürfen auch Hilfspersonen und bloße Beauftragte der Großhändler (Unter-

käufer). Die Ausstellung dieses Ausweises ist von dem Großhändler unter Vorlage seines Erlaubniszeichens bei dem Oberamt des Wohnortes oder der gewerblichen Niederlassung des Unterkäufers, in Stuttgart bei dem Stadtschultheißenamt, zu beantragen. Für Unterkäufer, die keinen Wohnort oder keine gewerbliche Niederlassung in Württemberg haben, ist der Antrag an die Landesverorgungsstelle zu richten.

Zuständig zur Ausstellung des Erlaubniszeichens ist diejenige Behörde, bei welcher der Antrag einzureichen ist. Für die Ausstellung einer Großhändlererlaubnis ist eine Gebühr von 5 M., für die Ausstellung eines Scheines für die Unterkäufer eine solche von 1 M. erhoben.

b) Kleinhändler, die Eier beim Erzeuger aufkaufen, bedürfen hierzu einer Bescheinigung des Ortsvorstehers ihres Wohnortes oder ihrer gewerblichen Niederlassung, in Stuttgart des Stadtschultheißenamts darüber, daß sie den Kleinhandel mit Eiern anzumelden haben. Diese Bescheinigung wird nur solchen Kleinhändlern erteilt, die den Kleinhandel mit Eiern schon vor dem 1. Januar 1920 betrieben haben. Etwas von dem Kleinhandel zum Ankauf auswärtiger Hilfskräfte sind in der Bescheinigung namentlich aufzuführen.

Als Kleinhandel gilt der unmittelbare Abzug an den Verbraucher.

2. Die Großhändler, Unterkäufer und Kleinhändler haben ihre Erlaubniszeichene und Ausweise bei sich zu führen und den Ueberwachungsbeamten auf Verlangen vorzulegen.

3. Die Landesverorgungsstelle ist beauftragt, den Groß- und Kleinhändlern Aufschluss hinsichtlich des Erwerbes und des Absatzes von Eiern zu machen.

4. Die Erlaubnis zum Großhandel mit Eiern kann von der Behörde, welche sie ausgestellt hat, zurückgenommen werden, wenn der Händler sich als unaufrichtig erweist, insbesondere den ihm erteilten Aufträgen der Landesverorgungsstelle nicht nachkommt. Dasselbe gilt für die Ausweise der Unterkäufer und die Bescheinigungen der Kleinhändler.

Am die Schweizer Neutralität.

Bern, 16. Febr. De Rabours, Abgeordneter für Genf, brachte im Nationalrat eine Interpellation ein, durch welche der Bundesrat befragt wird, ob er nicht angesichts der neuen Laufen seines Standpunkt in der Frage des Durchzugs der für Wilna bestimmten Truppen ändern und eine neue Lösung suchen wolle. Die unter Wahrung der schweizerischen Neutralität es der Schweiz ermöglichen würde, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Ueber diese Interpellation wird in einer der nächsten Sitzungen beraten werden. — Die Westschweizer sind in erster Linie Franzosen, und vertreten daher den französischen Standpunkt.

Poincaré Vorsitzender des Senatsauschusses für Auswärtige Angelegenheiten.

Paris, 16. Febr. Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat gestern nachmittag anstelle des Senators de Selves den ehemaligen Präsidenten der Republik, Poincaré, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Poincaré erhielt 19 Stimmen, de Selves 13 Stimmen. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt de Selves und Doumerque. — Die Wahl Poincarés kennzeichnet den chauvinistischen Charakter des Senats.

Unterdrückung der kommunistischen Bewegung in Frankreich.

Paris, 16. Febr. Wie die heutige Abendpresse mitteilt, hat die Pariser Polizei gestern nachmittag den Geschäftsführer der Zeitung „Le Concorde“, Louis William, und den Sekretär der kommunistischen Jugendvereinigung Lepore, verhaftet.

Paris, 16. Febr. Wie Savas mitteilt, ist infolge Verhaftung eines Eingeborenen in Konstantin, der unter den Rekruten der Jahrestklasse 1921 antimilitaristische Propaganda betrieb, in Tunis und Paris eine Untersuchung über die Beziehungen gewisser kommunistischer Truppen eingeleitet worden.

Der Verkauf deutscher Schiffe in England.

London, 15. Febr. (Telegraph W.-B.) Die „Times“ melden, daß eine Liste von 29 vormals feindlichen Schiffen veröffentlicht wurde, die von Lord Inchcape zum Kauf angeboten werden. Darunter befinden sich 14 als Beise eingebrachte Dampfer mit einer Wasserverdrängung von je 5000 bis 6000 Tonnen. Die zum Kauf angebotenen Schiffe kommen von den Alliierten, Neutralen oder von britischen Untertanen erworben werden. Unter 74 Dampfern, die nur für britische Untertanen zum Kauf angeboten werden, befinden sich bekannte deutsche Passagierdampfer, darunter die „Bremen“ und drei neue Dampfer, nämlich „Tirpitz“, „Wabel“ und „München“. Die „München“, ein Schiff von 18000 Tonnen, nähert sich in Deutschland ihrer Vollendung.

Die irische Frage.

London, 15. Febr. Die Sinn-Freier-Führer in Dublin haben einen Bericht des im Januar abgehaltenen irischen Parlaments veröffentlicht. Bei diesen Verhandlungen, erklärte Devalera, hätten mit der britischen Regierung Verhandlungen zur Herbeiführung eines dreimonatigen Waffenstillstands stattgefunden, die jedoch wegen der Frage der Auslieferung der Waffen durch die Sinn-Freier, auf der Lloyd George bestanden habe, ergebnislos verlaufen seien.

Mangel an Heizmaterial in Rußland.

Moskau, 15. Febr. Der Mangel an Heizmaterial wird immer größer. Auf einer ganzen Reihe von Bahnhöfen in der Ukraine ist der Verkehr eingestellt. Bis vor kurzem war der Mangel an Heizmaterial, hauptsächlich in den Fabriken des Südens, sehr groß. Jetzt ist die Krise auch im Zentrum eingetreten. In Petersburg, wo die Industrie seit dem vorigen Herbst sich merklich zu beleben anfangt, werden jetzt auch Mangel an Heizmaterial die wichtigsten Werke geschlossen. Im Zentrum herrscht auch großer Nachschubmangel. Der Mangel an Heizmaterial macht es unmöglich, die für das Donezgebiet bereit gestellten 1000 Wagen Rohmaterial fortzuschaffen.

Deutschland.

Die Erhöhung der Güter- und Personentarife. Berlin, 15. Febr. Heute morgen trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler der Sachverständigenrat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der ständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gütertarife sein Gutachten abzugeben. In der Eröffnungsrede machte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die be-

ste Erhöhung der Personentarife. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach wie bei der Neuordnung der Gütertarife vom 1. Dezember 1920 eine organische Neuordnung der Personentarife durch. Die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitspreisen aufbauen, die getragen werden für die 4. Wagenklasse 13, für die 3. 19, für die zweite 32,5 und für die erste Klasse 58,5 Pfennig je Kilometer. Gegenüber den Friedenspreisen bedeuten diese Sätze eine Steigerung von 55,0 Proz. für die 4. und 3. Klasse, von 62,2 Proz. für die zweite und 73,5 Proz. für die erste Klasse. Demnach würde zum Beispiel eine Reise von Berlin nach Hamburg künftig kosten 38 Mark statt bisher 26,4 Mark in der 4., 67 Mark statt 42,4 Mark in der 3., 95 Mark statt 70 Mark in der 2. und 170 Mark statt 156 Mark in der ersten Klasse.

Die Entartung des politischen Kampfes.

Berlin, 16. Febr. Laut „Völk. Zeitung“ wurde in Landsberg a. W. der Hauptmann Bentwig aus Berlin, der in einer Versammlung der Deutsch-Nationalen Volkspartei gesprochen hatte, auf dem Heimweg von Kommunisten durch Messerstiche und Schläge auf den Kopf schwer verletzt.

Der Fall Kaiser.

München, 15. Febr. In dem Prozeß gegen den Dichter und Schriftsteller Georg Kaiser und seine Frau wurde heute das Urteil gefällt. Georg Kaiser wurde wegen Unterschlagung in drei Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, worauf vier Monate Untersuchungshaft in Anrechnung kommen. Margarete Kaiser wurde von der Anklage wegen Unterschlagung und des Diebstahls in einem Fall freigesprochen, wegen eines Diebstahls in einem anderen Fall zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, worauf ein Monat Untersuchungshaft in Anrechnung kommt. Georg Kaiser wird für die Strafe von sechs Monaten, der Margarete Kaiser für die ganze Strafe Bewährung freigesprochen.

Doppelmord?

München, 16. Febr. Auf der Straße von Weisheim nach Pöhl wurde gestern nachmittag ein Auto angetroffen, dessen beide Insassen, in denen man wohl den Führer und den Besitzer des Wagens vermuten darf, durch Schüsse getötet waren. Nähere Umstände sollen noch von München aus sofort eine Gerichtskommission an den Tatort abgereist.

Funkentelegraphischer Verkehr zwischen Deutschland und England.

In den letzten Wochen haben Verträge stattgefunden, um einen funkentelegraphischen Verkehr zwischen Deutschland und England einzurichten. Sie haben ein günstiges Ergebnis gehabt, jedoch seit einigen Tagen zur Beförderung von Telegrammen übergegangen werden konnte. In England dient als Sendestelle die Station Stonehaven in Schottland, der Empfang geht in London vor sich. Auf deutscher Seite konnte die Einrichtung getroffen werden, daß das Senden und das Aufnehmen beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin erfolgt. Durch sogenannte Fernastafeln wird nämlich von diesem Amt aus die Senderichtung in Königs-Wusterhausen betätigt, während eine Drahtübertragung die in Teltow bewirkte Funkaufnahme zum Haupt-Telegraphenamt vermittelt. Einsteilen findet der Telegrammverlauf auf der neuen Verbindung täglich in der Zeit von 5 bis 8 Uhr nachmittags, ausgenommen Sonntags, statt. Da automatischer Betrieb mit Schnelltelegraphenapparaten eingerichtet ist, bestehen die besten Aussichten für die Ausgestaltung der Abflußwege für den englischen Verkehr. Die Gebühren auf dem Funkwege sind die gleichen wie auf dem Kabelwege.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. Februar 1921.

Dienstnachricht.

* Durch Entschlieung des Staatspräsidenten ist Studentrat Zickfeld an dem Realprogymnasium und der Realschule in Calw seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt worden.

Am die künftige Form der Getreidewirtschaft.

Am Montag nachmittag fand beim Ernährungsministerium unter dem Vorsitz von Staatsrat Kau eine Besprechung über die künftige Form der Getreidewirtschaft statt, zu der Vertreter der Erzeuger, der Verbraucher, der beteiligten Gewerbe und des Handels, sowie

5. Gegen die Abweisung eines Gesuchs, die Zurücknahme der Erlaubnis oder die Entziehung der Bescheinigung kann binnen einer Woche nach Zustellung des Bescheides einmalige Beschwerde erhoben werden, und zwar gegen Verfügungen der Landesverorgungsstelle an das Ernährungsministerium, im übrigen an die Landesverorgungsstelle. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 3. Sämtliche am Verkehr mit Eiern Beteiligte sind verpflichtet, den Beamten und Beauftragten der Landesverorgungsstelle, des Kommunalverbands, der Gemeinden und der Kreisbehörden das Betreten ihrer Räume, in denen Eier gelagert werden zu gestatten.

2. Eierverkäufer bezügl. deren ein schriftwidriges Verhalten des Besitzers oder Verwahrers anzunehmen ist, sind von den Beamten und Beauftragten dessen Gemächern zu ertücheln und nach Anweisung der Landesverorgungsstelle der ordnungsmäßigen Verwendung zu pflichten. Der Erlös ist dem Erzeuger oder Verwahrer nach Abzug der Kosten auszuführen, soweit nicht etwa weitergehende Bestimmungen Anwendung zu finden haben. Die Befolgung des Vertrags der dem Verkäufer oder Verwahrer zukommt, erfolgt durch die Landesverorgungsstelle endgültig.

§ 4. Die Landesverorgungsstelle kann zur Durchführung dieser Verfügung weitere Bestimmungen treffen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verfügung werden bei ihrer Durchsührung erlassenen weiteren Verfügungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 6. Die Verfügung tritt am 1. Februar 1921 in Kraft. Stuttgart, den 28. Januar 1921. Manh.

Kommunalverbandsvorstände und Geschäftsführer zugewogen waren. Zur Erörterung stand auf der einen Seite die Frage völliger Freigabe der Getreidewirtschaft unter Berücksichtigung des Preises durch Auslandsgetreide, das vom Reich verbilligt wird, auf der anderen Seite die Beibehaltung der öffentlichen Wirtschaft und zwar entweder in der Form der bisherigen Zwangswirtschaft oder aber in der Form eines Umlageverfahrens, bei dem wiederum zwei Möglichkeiten zu unterscheiden sind, entweder die völlige Freigabe des über die Umlage dem Landwirt verbleibenden Getreides, oder aber die Verbilligung des Landwirts, auch das überschüssige Getreide, wenn auch zu einem erhöhten Preis, an die öffentliche Hand abzugeben. Die Vertreter der Verbraucher stellten sich im allgemeinen auf den Standpunkt, daß an der bisherigen Form der Bewirtschaftung festzuhalten sei, während Erzeuger und Handel die völlige Freigabe verlangten. Als Uebergangsform wurde auch von Seiten der Erzeuger die Form des Umlageverfahrens, aber unter der Voraussetzung völliger Freigabe des über den Umlagesatz erzeugten Getreides gutgeheißen. Auch die Kommunalverbandsvorstände halten das Umlageverfahren für möglich und sehen darin eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen System. Die Aussprache dient dem Ernährungsministerium zur Orientierung über die Auffassung der beteiligten Kreise und als Grundlage für seine Stellungnahme gegenüber den von der Reichsregierung zu erwartenden Vorschlägen.

Abbau der Zwangsbewirtschaftung.

Durch eine Verfügung des Ernährungsministeriums wird die Bewirtschaftung von Schweinefleisch aufgehoben. Die öffentliche Bewirtschaftung der Speisefette erstreckt sich nur noch auf Butter und Butterschmalz.

Keine Viehzählung am 1. März.

Von zutuniger Seite wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf den Abbau der öffentlichen Bewirtschaftung hat das Reichslandwirtschaftsministerium auf die Durchführung der Viehzählung am 1. März verzichtet. Die Zählung findet demnach nicht statt.

Einfuhr von Schlachtabfällen.

Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern wird die Einfuhr von Schlachtabfällen aus dem Ausland nach Württemberg unter gewissen Bedingungen zugelassen. Es gehören hierher Schwarten, Füße, Ohren, Schnauzen, Lippen, Sehnen, Kopffleisch usw.

Maßregeln gegen die Rinderpest.

Zur Verhütung der Einschleppung und Verbreitung der Rinderpest, die in Polen in der Nähe der deutschen Grenze ausgebrochen ist, wurde ein Einfuhrverbot von allen nahrungsmitteln einsehr, der Hunde, Katzen und des Geflügels mit Ausnahme der Pferde, Eigel und Maultiere, verfügt. Ferner ist die Einfuhr von Dünger, Futtermitteln und Streumitteln und gebrauchter Kleidungsstücke von Polen, Litauen, dem Memelland und dem Freistaat Danzig untersagt.

Mittlerer Verwaltungsdienst.

Die Ueberfüllung des mittleren Verwaltungsdienstes erfordert eine schärfere Ueberwachung und eine Beschränkung des Zugangs zu diesem Berufe. Eine nach Anhörung der Ständevereinigungen ergangene Verfügung des Ministeriums des Innern, die im amtlichen Teil des Staatsanzeigers Nr. 31 abgedruckt ist, bestimmt deshalb, daß die Schultheißenämter und Verwaltungsaktare bis auf weiteres nur solche Lehrlinge annehmen dürfen, die das Ministerium des Innern zum Eintritt des Vorbereitungsdienstes zugelassen hat. Die Zahl der Zulassungen wird alljährlich besonders festgesetzt. Für das Jahr 1921 beträgt sie höchstens 100; für das Jahre 1922 ist mit einer weiteren Einschränkung zu rechnen.

Vernichtung von Militärpapieren.

Das Heeresabwägungsamt Württemberg hat dem Ministerium des Innern mitgeteilt, daß sämtliche bisher beim Heeresabwägungsamt noch gelagerten Militärpapiere (Ueberwachungsprotokolle und Militärpässe) auf Anordnung des Heeresabwägungs-Hauptamts im Beisein eines Vertreters des verbandstaatlichen Ueberwachungsausschusses durch Einstampfen vernichtet worden sind und daß daher alle von ehemaligen Heeresangehörigen oder von Behörden, Arbeitgebern usw. etwa beabsichtigten Anträge auf Ueberlassung derartiger Papiere zwecklos sind und vom Heeresabwägungsamt Württemberg nicht mehr beantwortet werden.

Ein weiterer Vorstoß.

Zu Anrechnung auf die im Ruhestandsberechnen der Eisenbahnweiterer Vorstoß ausbezahlt.

Neue Richtlinien.

Das Reichsministerium für die Regelung der Richtlinien aufgestellt. Seine volle Arbeitskraft in die ihm aufgetragenen Angelegenheiten Dienstleistungszahl wöchentlich mindestens 48 Tage Dienst ist grundsätzlich zu teilen. Nur da, wo aus der Teilung unabweimlich zu werden. Der Tagesdienstvertretungen festgesetzt. Die Wochenarbeitszeit wird Es wird angeordnet, die in den indischen Reichs, Staaten zu regeln. Alle bisherigen Bestimmungen sind aufgehoben.

Stuttgart, 14. Febr. In der heutigen Sitzung eine Resolution. Zunächst nahm er den, Graf entgegen über Kander auf dem Herberg, die einmütig die Vorzüge der neuer wieder 400 000 führung gestellt. Insofern untergebracht werden. Hiermit fand die Abstimmung statt, wonach der geltend zur Lösung des 1420 000 M. nach einem und dem Staat festgelegt des Defizits, höchstens 1,3 Jahre verpflichtet. Prof. Dr. Sieber wird sich aber lassen, da bestimmt mit der zu rechnen ist. Diese neue gart treten an Stelle des die Stadt vorzuziehen war gegen 2 Mein bei einer Ein für stimmten 3 Soz., 3 D. (S. B.) Dagegen stimm Die Bestimmungen des das Konservatorium für bei Kapitel 48 (Universität) Annahme, wonach die Verhältnisfall den neuwertigen Strafe und Literatur a lische Professur unter Vorbe zu bestehen. Schließlich w betreffend Zuschlag zu den erledigt. Artikel 1 des 6 und auf Antrag des Be stimmig ein Artikel 2 a für die Seite von 40 Pf (S. B.) Stuttgart, 15. Schüler (31) über das B eilsministerium Dr. Schall geben, wonach das Reichs list trägt, eine Anzahl d das Bekleidungsamt in s ficht des Reichswehrminif bergischen Arbeitsminister Aufrechterhaltung des Reichs Geschäftsbereich des Reichs eine Vereinigung des mif bekleidungsamt Ludwigs behnung des bisherigen Bekleidungsamts durch d damit nicht verbunden sei wigsburg hat bisher dur

Städtgem.

Nadelholz- und Reif

Am Donnerstag, den 1. 2 Uhr im Galtans zur E waltungen Aut. Nühnerd Frauenwäldle, Kären, Wif W. m. g. Hof, Eichelader, W. herberg, Hardberg und Ku

Bauflängen: 170
Hagflängen: 173
Hoppflängen: 805
sowie 60 Schlagrau

Schluss der Anzei

Alfred Pfeif

Baumaterialien-Ha

Am Donnerstag, den 1. 2 Uhr im Galtans zur E waltungen Aut. Nühnerd Frauenwäldle, Kären, Wif W. m. g. Hof, Eichelader, W. herberg, Hardberg und Ku

Bauflängen: 170
Hagflängen: 173
Hoppflängen: 805
sowie 60 Schlagrau

Schluss der Anzei

Alfred Pfeif

Baumaterialien-Ha

Am Donnerstag, den 1. 2 Uhr im Galtans zur E waltungen Aut. Nühnerd Frauenwäldle, Kären, Wif W. m. g. Hof, Eichelader, W. herberg, Hardberg und Ku

Bauflängen: 170
Hagflängen: 173
Hoppflängen: 805
sowie 60 Schlagrau

Schluss der Anzei

Alfred Pfeif

Baumaterialien-Ha

Am Donnerstag, den 1. 2 Uhr im Galtans zur E waltungen Aut. Nühnerd Frauenwäldle, Kären, Wif W. m. g. Hof, Eichelader, W. herberg, Hardberg und Ku

Bauflängen: 170
Hagflängen: 173
Hoppflängen: 805
sowie 60 Schlagrau

Schluss der Anzei

Alfred Pfeif

Baumaterialien-Ha

Am Donnerstag, den 1. 2 Uhr im Galtans zur E waltungen Aut. Nühnerd Frauenwäldle, Kären, Wif W. m. g. Hof, Eichelader, W. herberg, Hardberg und Ku

Bauflängen: 170
Hagflängen: 173
Hoppflängen: 805
sowie 60 Schlagrau

Schluss der Anzei

Alfred Pfeif

Baumaterialien-Ha

Am Donnerstag, den 1. 2 Uhr im Galtans zur E waltungen Aut. Nühnerd Frauenwäldle, Kären, Wif W. m. g. Hof, Eichelader, W. herberg, Hardberg und Ku

Bauflängen: 170
Hagflängen: 173
Hoppflängen: 805
sowie 60 Schlagrau

Schluss der Anzei

Alfred Pfeif

Baumaterialien-Ha

Am Donnerstag, den 1. 2 Uhr im Galtans zur E waltungen Aut. Nühnerd Frauenwäldle, Kären, Wif W. m. g. Hof, Eichelader, W. herberg, Hardberg und Ku

Bauflängen: 170
Hagflängen: 173
Hoppflängen: 805
sowie 60 Schlagrau

